

Vorlage		Vorlage-Nr:	BA 6/0205/WP17
Federführende Dienststelle: Bezirksamt Aachen-Richterich		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	29.04.2019
		Verfasser:	
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vom 27.03.2019 (öffentlicher Teil)			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
22.05.2019	Bezirksvertretung Aachen-Richterich	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich genehmigt die Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vom 27.03.2019 (öffentlicher Teil).

Erläuterungen:

Die Niederschrift über die Sitzung vom 27.03.2019 ist als pdf.-Dokument in Allris hinterlegt.

Anlage/n:

Niederschrift 27.03.2019 (ausschließlich in Allris) – öffentlicher Teil.

Der Oberbürgermeister



N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-
Richterich

10. April 2019

Sitzungstermin:	Mittwoch, 27.03.2019
Sitzungsbeginn:	18:05 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Schloss Schönau, Sitzungssaal, 1. Etage, Schönauer Allee, 52072 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Holger Brantin

Frau Marlis Köhne

Herr Ralf Dautzenberg

Herr Friedrich Werner Feil

Herr Dr. Otto-Wilhelm Kuhrt-Lassay

Herr Leo Pontzen

Herr Franz Günter Poth

Herr Horst Werner

B 6/35/WP.17

Ausdruck vom: 10.04.2019

Seite: 1/23

Abwesende:

Frau Kerstin Arlt - entschuldigt -
Ratsherr Manfred Kuckelkorn - entschuldigt -
Frau Margret Roitzsch - entschuldigt -

von der Verwaltung:

Frau Anderer, Verbraucherzentrale zu TOP 4
Frau Prenger Berninghoff, FB61/200 zu TOP 10
Herr Schaffert, FB61 zu TOP 10 und 11
Herr Mohnen, FB61/300 zu TOP 5, 6 und 7
Frau Rohde, FB61/100 zu TOP 11
Frau Fischer, FB61/100 zu TOP 11
Frau Hoffmann, FB36/200 zu TOP 11
Frau Kranefeld, BKR zu TOP 11
Frau Moritz, BA6

als Schriftführer:

Frau Hambücker, BA6

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vom 30.01.2019 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: BA 6/0197/WP17

- 3 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

- 4 **Beratung zu Solaranlagen durch die Verbraucherzentrale;**
Antrag der Grünen-BF gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 GeschO vom 16.01.2019, lfd. Nr. 76
Vorlage: BA 6/0195/WP17

- 5 **Fahrplanmaßnahmen Juni 2019**
Vorlage: FB 61/1113/WP17
- 6 **Haltepunkt Richterich - Zeitplanung und Realisierungsperspektive**
Vorlage: FB 61/1144/WP17
- 7 **Einbindung der Außenbezirke in das Aachener E-Bike-Sharing-Netz,**
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen vom 15.01.2019
Vorlage: FB 61/1150/WP17
- 8 **Einleitung des Drainagewassers des Sportplatzes Kaletzbenden in den Amstelbach**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen in der Bezirksvertretung vom 06.11.2013, lfd. Nr. 82.
Vorlage: B 03/0137/WP17
- 9 **Radweg Richterich-Laurensberg entlang der Roermonder Straße,**
Antrag der SPD-BF gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 GeschO vom 10.03.2019, lfd. Nr. 82
Vorlage: BA 6/0201/WP17
- 10 **Flächennutzungsplanänderung Nr. 131, -Richtericher Dell-, Bebauungsplan Nr. 955 -**
Richtericher Dell/ HAUPTerschließung Ortsumgehung im Bereich Richtericher Dell
hier: Tagesordnungsantrag Nr. 78 der CDU-Fraktion, Sachstandsbericht zur
HAUPTerschließung/ Ortsumgehung Richterich
Vorlage: FB 61/1169/WP17

- 11 **Neuaufstellung des Flächennutzungsplans Aachen*2030**
- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
- Umweltbericht
Vorlage: FB 61/1125/WP17
- 12 **Anträge**
Vorlage: BA 6/0199/WP17
- 12.1 **Anträge Teil 2**
Vorlage: BA 6/0200/WP17
- 13 **Anfragen gemäß § 13 GeschO**
- 14 **Mitteilungen**
Vorlage: BA 6/0196/WP17

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vom 30.01.2019 (nichtöffentlicher Teil):**
Vorlage: BA 6/0198/WP17
- 2 **Listen der Bauanträge bzw. Bauvorhaben:**
- Januar 2019
- Februar 2019
Vorlage: BA 6/0202/WP17

3 **Private Bauvorhaben:**

4 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die vielen Zuschauer und die Presse.

Zur Tagesordnung verweist sie auf den Nachtrags-TOP „Sachstandbericht Radweg Richterich-Laurensberg entlang der Roermonder Straße“ und schlägt zudem vor, die Beratung zum TOP „Flächennutzungsplanänderung Nr. 131, Richtericher Dell (..)“ vor die Beratung zum TOP „Neuaufstellung des Flächennutzungsplans Aachen*2030“ zu verschieben, damit der Leiter des Fachbereichs Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen, Herr Schaffert, anwesend sein kann.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit der vorgenannten Änderung angenommen.

Abstimmung:

einstimmig

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vom 30.01.2019 (öffentlicher Teil)

Vorlage: BA 6/0197/WP17

Da die Druckausgabe der Niederschrift den Mitgliedern der Bezirksvertretung nicht zugegangen ist, wird die Genehmigung auf die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Richterich vertagt.

zu 3 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr K. möchte von Herrn Bezirksvertreter Brantin wissen, ob seine Aussage, dass erst die Umgehungsstraße und dann erst das Neubaugebiet Richtericher Dell gebaut wird, weiterhin gilt. Herr Bezirksvertreter Brantin bestätigt dies. Es sei klare Beschlusslage in der Stadt Aachen. Der Hochbau im Gebiet Richtericher Dell dürfe erst beginnen, wenn die Straße nutzbar ist. Die Straße werde auch für die Verbesserung der jetzigen Situation der Horbacher Straße benötigt.

Herr M. merkt an, dass aus seiner Sicht die Kosten für die Erschließung des Neubaugebietes Richtericher Dell bislang oft unterschätzt wurden. Er möchte von Herrn Bezirksvertreter Brantin wissen, warum bereits jetzt Bördeböden in Bauerwartungsland umgewandelt werden sollen, obwohl noch keine ernsthaften wirtschaftlichen Berechnungen vorliegen und ob dies, als Folge, eine Grundsteuererhöhung nach sich ziehen könnte.

Herr Bezirksvertreter Brantin verweist darauf, dass die unterschiedlichen Auffassungen zur Wirtschaftlichkeit ja bekannt seien. Richterich brauche aus seiner Sicht ein Neubaugebiet. Die Bevölkerung werde älter, die Grundschule sei ab dem nächsten Jahr nur noch 2-zügig. Es bestehe nach seiner Kenntnis der Bedarf an altersgerechten Wohnformen für Richtericher Bürger. Zudem gebe es auch im gesamten Stadtgebiet Aachen eine erhöhte Nachfrage nach Wohnraum, da die Bevölkerungszahl ansteige. Hierdurch würden auch z.B. die Zuweisungen für die Stadt Aachen steigen. Das Neubaugebiet müsse jedoch verträglich sein, daher die Notwendigkeit der Umgehungsstraße, auch wenn diese teuer werde.

Auf Nachfrage von Herrn M., ob man nicht wie in der Wirtschaft zunächst Zahlen benötige, ehe man ein Projekt beginne, entgegnet Herr Bezirksvertreter Brantin, dass die Kosten für die Straße im städtischen Haushalt eingeplant seien. Von einer Grundsteuererhöhung gehe er nicht aus. Vielmehr würden die Zuweisungen für die Stadt steigen.

Herr P. möchte im Hinblick auf die zwei neuen Varianten in der Trassenführung der Umgehungsstraße lt. heutiger Vorlage von Herrn Bezirksvertreter Brantin wissen, ob die Planungen nun überarbeitet werden bzw. wogegen sich die Bürger wenden sollten und wie sich dies auf die Planungen zum Recyclinghof und der Feuerwehr auswirkt.

Herr Bezirksvertreter Brantin erklärt, dass es eine klare Beschlusslage gibt gegen die Mittellage der Umgehungsstraße. Man wolle weiterhin die Außenlage und werde, anders als in der Verwaltungsvorlage vorgesehen, beschließen. Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne ergänzt, dass die vorgeschlagene Verschiebung der Trassenführung nicht den vorgesehenen Bereich für den Recyclinghof und die Feuerwehr tangiere.

Herr J. möchte wissen, wann die Straße kommt. Herr Bezirksvertreter Brantin geht nach derzeitigem Stand von einer Fertigstellung in 2024 aus.

Herr S. erklärt im Namen einer betroffenen Grundstückseigentümerin im Bereich der geplanten Umgehungsstraße, dass lt. Presse behauptet werde, die Eigentümer würden sich weigern, die Grundstücke zu verkaufen.

Vielmehr sei es so, dass seit über 10 Jahren nur sporadische Anfragen mit Jahren der Verzögerung von der Verwaltung kommen. Er möchte von Herrn Bezirksvertreter Brantin wissen, warum die Stadt Aachen den Grundstückserwerb nicht nachhaltiger verfolgt.

Herr Bezirksvertreter Brantin erklärt, dass dies auch aus seiner Sicht nicht nachzuvollziehen sei. Seit 5 Jahren verzögere sich der Bau der Umgehungsstraße, die ursprünglich 2019 fertiggestellt werden sollte. Jetzt sei 2024 als Fertigstellungszeitraum vorgesehen. Dass die Grundstücke von der Stadt erworben werden müssen, sei hinlänglich bekannt gewesen. Zudem sei die Verzögerung auch durch die Prüfung einer Querungsmaßnahme über die Bahn bedingt. Verwaltungsseitig habe man 1 Jahr vergeblich die Überquerung der Bahnstrecke geplant. Er erwarte nun von der Verwaltung, dass sie alle Kräfte an die Planung der Umgehungsstraße setzt, zumal der Abriss der Horbacher Brücke drohe. Hier habe Herr Bezirksvertreter Dautzenberg in einer der vergangenen Sitzungen der Bezirksvertretung Aachen-Richterich die Rettungsproblematik angemahnt. Evtl. könne man mit Straßen NRW eine Lösung finden, wenn ein konkreter Zeitplan für die Umgehungsstraße vorliegen würde.

Auf Nachfrage von Herrn A., warum die Überquerung des Amstelbachs mit einem so hohen Aufwand betrieben werde, erläutert Herr Bezirksvertreter Brantin, dass die Querung wasserrechtlich mit den zuständigen Behörden abzustimmen sei. Das größte zeitliche Problem in den Planungen sei jedoch die Querung der Bahnstrecke.

Herr P. möchte von der Verwaltung wissen, ob es in Richterich eine Initiative gibt, die Situation in Horbach hinsichtlich des ÖPNVs, evtl. auch mit einer Cambio-oder/und Velocity Station zu verbessern. So könne man in den niederländischen Bussen seit Jahresbeginn nicht mehr mit Bargeld bezahlen. Die Frage wird zur Beantwortung an die Fachverwaltung weitergegeben und schriftlich beantwortet.

Herr S. möchte von der Fraktion Bündnis 90/die Grünen wissen, warum sie die schützenswerten Bördeböden für Neubauten zur Verfügung stellen möchten. In Aachen gebe es derzeit viele Neubauten. Herr Bezirksvertreter Feil erklärt, dass es derzeit unterschiedliche Einschätzung hinsichtlich des Bedarfs an Wohnungen und der Entwicklung des Wohnungsmarktes geben würde. Er schließe aus den steigenden Immobilien- und Grundstückspreisen, dass ein höherer Bedarf vorliegt. Er bedaure die Aufgabe der Böden ebenfalls.

Frau S. fragt nach, ob bei erhöhtem Bedarf nach Wohnraum das Baugebiet mit überwiegend Mehrfamilienhäusern bebaut werde, der Bedarf an Einfamilienhäusern werde größer sein.

Herrn Bezirksvertreter Feil erläutert, dass ihm hierzu keine Informationen vorliegen. Die Politik werde z.B. auf die Geschosshöhe im Bebauungsplanverfahren Einfluss nehmen.

Herr S. erklärt, dass er kein Vorhaben in der Wirtschaft kenne, im dem Preise, Termine und Kosten derart negiert werden und möchte von Herrn Bezirksvertreter Brantin wissen, was er für ein Gefühl habe, dem Bürger in dieser Hinsicht entgegenzutreten.

Herr Bezirksvertreter Brantin weist dies entschieden zurück. Die Kostenlage zur Straße habe er bereits erläutert. Aus den Grundstücksverträgen werden sich zudem Erträge ergeben. Ihm gehe es um die Entwicklung des Ortes. Er halte die Kosten für vertretbar, wenn es um den Mehrwert für Richterich gehe.

Frau B. möchte von der SPD-Fraktion wissen, ob es notwendig sei, das Wohngebiet Richterich Dell zu entwickeln. Sie sei von Aachen nach Richterich in den „grünen Norden“ gezogen. Sie möchte wissen, wo die Landwirtschaft und die Wiesenflächen bleiben.

Herr Bezirksvertreter Werner erklärt für die SPD-Fraktion, dass sich an der Aussage „grüner Norden“ nichts ändern werde. Es sei nur eine Teilfläche zwischen Richterich und Horbach mit Wohnbebauung vorgesehen. Gesamtstädtisch bestehe ein Bedarf an zusätzlichem Wohnraum, egal ob Einfamilienhäuser oder Geschosswohnungsbau.

Herr Bezirksvertreter Brantin stimmt dem zu, der „Grüne Norden“ werden nur ein Stück Richtung Nordosten verschoben. In Aachen habe man ein Defizit von 8.000-10.000 fehlenden Wohnungen. In Richterich sehe man, wie in umliegenden Gemeinden, z.B. in Dornkaul /Kohlscheid, neue Wohnbebauung im großen Stil geschaffen werde. Wenn die Menschen in Aachen, z.B. im Bereich des Campus arbeiten, aber im Umland wohnen, fehlen Aachen die Zuweisungen für diese Personen. Im 1. Cluster sei auch Geschosswohnungsbau vorgesehen. Genau dies sei der Bedarf im Hinblick auf steigende Mieten als Ergebnis von Angebot und Nachfrage. Die Politik leiste einen Beitrag, Wohnraum bereitzustellen. Entwicklungen seien notwendig, siehe auch Flächennutzungsplan. Ansonsten habe man Stillstand. Diesen könne man sich als Wissenschaftsstandort und soziale Stadt nicht leisten. Der Politik sei bewusst, dass man in diesen Fällen überall in den Naturhaushalt eingreifen muss.

Frau B. möchte von der Verwaltung wissen, ob im Hinblick auf die hohe Studentenzahl alle für Wohnraum in Frage kommenden Flächen geprüft wurden, auch z.B. Überbau von Supermarktflächen entsprechend dem Berliner Modell.

Die Frage wird von der Fachverwaltung schriftlich beantwortet.

Frau L. fragt die Verwaltung, warum im Gebiet Richtericher Dell die Verdunstung der Wasserflächen nach Starkregen so lange dauert.

Die Frage wird von der Fachverwaltung schriftlich beantwortet.

Herr L. ergänzt, dass diese Wasserflächen, die sich lange halten, nicht nur verdunsten, sondern auch für Abkühlung im Gebiet sorgen. Er möchte von der CDU-Fraktion wissen, ob Haftungsfragen und Haftungsrisiken resultierend aus dem früheren Bergbau im Gebiet Richtericher Dell kalkuliert und berücksichtigt wurden.

Herr Bezirksvertreter Brantin erklärt, ihm seien Problem mit möglichen Bergbauschäden in diesem Gebiet nicht bekannt. Er gehe jedoch davon aus bzw. erwarte, dass die zuständigen Behörden diese Frage geklärt haben.

Herr B. möchte von Herrn Bezirksvertreter Brantin wissen, ob es hinsichtlich des Wohnungsbaus Kontakt zur Städteregion gebe. Herr Bezirksvertreter Brantin erläutert, dass es natürlich einen Austausch mit der Städteregion gebe, die Wohnraumplanung aber jede Kommune alleine regelt. Hier hinke die Stadt Aachen häufig hinterher, junge Familien ziehen in den Bereich der Städteregion, wo bezahlbarer Wohnraum entsteht, Bsp. Marienanger in Kohlscheid-Bank.

Herr H. erkundigt sich nach der höchsten Baugeschosshöhe im Wohnbaugebiet. Frau Prenger-Berninghoff, Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen erläutert, dass lt. Entwurfsplanung im Gebiet Richterich Dell als Rahmenbedingung 1-3 geschossiger Wohnbau vorgesehen sei, mit der Mehrzahl von 2-geschossigen Bauten. Die wenigen 3-geschossigen Gebäude sollen an der Horbacher und an der Erschließungsstraße geplant werden. Dies wird auch bei Änderungen berücksichtigt. Diese werden in der Politik vorgestellt, beraten und beschlossen und dann veröffentlicht.

Frau H. möchte von der Politik wissen, warum man seit 25 Jahren an der Bebauung Richtericher Dell festhalte.

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne erklärt, dass der aktuelle Wohnbedarf so hoch wie nie zuvor sei. Durch Wohnraumverknappung steigen die Preise. Es seien neue Gewerbegebiete entstanden, z.B. Campus und im Bereich des Westbahnhofs, die Wohnraumbedarf nach sich ziehen. Viele Richtericher Bürger seien damals auch auf die Wiese gezogen. Man habe nicht nur Verantwortung für Richterich, sondern auch für die Gesamtstadt. Sie möchte nicht, dass die Menschen weit ins Umland ziehen müssen und so weite Wege zum Arbeitsplatz haben mit Zeitverlust für Familien und ökologischen Nachteilen. Es gehe nicht ohne Flächennutzung.

Herr B. möchte von der Verwaltung wissen, ob man bei der Verkehrsentwicklung neben der Mehrbelastung für die Horbacher Straße auch andere Bereiche wie den Vetschauer Weg, Brunnenstr. etc., die bereits jetzt als 30iger Zonen mit Schleichverkehren belastet sind, berücksichtigt hat.

Frau Prenger-Berninghoff erklärt, dass 2007 das Gesamtgebiet einschl. der Nebenstrecken bei der Gesamtbelastung miteinbezogen wurde.

Hinweis:

Die schriftliche Beantwortung der Fragen aus der Einwohnerfragestunde ist im Ratsinformationssystem unter dem TOP „Mitteilungen“ in einer der folgenden Sitzungen der Bezirksvertretung Richterich einsehbar.

zu 4 Beratung zu Solaranlagen durch die Verbraucherzentrale;

Antrag der Grünen-BF gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 GeschO vom 16.01.2019, lfd. Nr. 76

Vorlage: BA 6/0195/WP17

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne begrüßt Frau Anderer, Energieberaterin bei der Verbraucherzentrale NRW. Frau Anderer erläutert anhand einer Präsentation die Vor-Ort Beratung Photovoltaik der Verbraucherzentrale NRW und geht sowohl auf das Solarkataster der Städteregion, die Situation im Stadtbezirk Richterich als auch auf den Solarstromcheck als Initialberatung ein.

Abschließend weist sie auf die vom 01. April bis 31. Juli 2019 stattfindende landesweite Aktion „Sonne im Tank“ hin, in der eine Beratung für 30 Euro anstatt 60 Euro angeboten wird. Sie schlägt ähnlich wie bei der Aktion „Energiewende von Haus zu Haus“ Werbemaßnahmen z. B. durch individuelle Anschreiben durch die Bezirksbürgermeister vor.

Der Vortrag ist in Allris als Anlage beigefügt.

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne kann sich eine Unterstützung durch die Bezirksvertretung Aachen-Richterich in Fortführung der bisherigen energiefördernden Maßnahmen im Bezirk durch Anschreiben, eine Pressekonferenz und Info-Veranstaltungen vorstellen.

Herr Bezirksvertreter Dautzenberg schließt sich dem an. Hier würde man auch den Bedarf bzw. das Interesse sehen. Er möchte wissen, ob die Verbraucherzentrale auch an Gewerbebetriebe und Landwirte herantritt. Diese großen Anlagen wären deutlich effektiver.

Frau Anderer erläutert, dass aus ihrer Erfahrung keine Rückschlüsse aus dem Besuch der Info-Veranstaltungen hinsichtlich der Inanspruchnahme eines Beratungschecks gezogen werden können. Für die gewerblichen Anlagen sei nicht die Verbraucherzentrale, sondern die Energieagentur NRW zuständig. Hier seien gemeinsame Aktionen denkbar.

Herr Bezirksvertreter Feil sieht für die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen im Hinblick auf das Ziel, bis 2021 75% der Energie aus regenerativen Quellen zu beziehen bei einem aktuellen Stand von 17%, enormen Handlungsbedarf und wie im Vortrag zu sehen, großes Potential. Herr Bezirksvertreter Feil beantragt

1. Unterstützung der Beratungen der Verbraucherzentrale aus bezirklichen Mitteln mit einem Gesamtbetrag i.H. v. 3.000 Euro, mit dem Ziel entweder 100 kostenlose Beratungen im Aktionszeitraum oder ab 01.08. weitere 100 Beratungen zu 30 Euro anzubieten
2. Bericht in der Bezirksvertretung Aachen-Richterich über die Anzahl der Beratungen und den Erfolg der Maßnahme

Herr Bezirksvertreter Werner schließt sich für die SPD-Fraktion seinen Vorrednern an. Er regt an, über die Infoveranstaltung hinaus, Pressemitteilungen und Aushänge zu erstellen sowie die Anschreiben gezielt an Eigentümer geeigneter Objekte zu richten, bei denen sich die Investitionen lohnen würden.

Herr Bezirksvertreter Dautzenberg beantragt, um einen größtmöglichen Effekt zu erzielen, den Beschluss hinsichtlich der Landwirte und der Gewerbebetriebe zu erweitern.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Pontzen dem Antrag auf Unterstützung an.

Frau Anderer weist abschließend auf den Vortrag „Photovoltaik-Strom erzeugen und speichern“ von altbau plus am 18.06.2019 hin.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich begrüßt das Beratungsangebot der Verbraucherzentrale und unterstützt dieses im Stadtbezirk Richterich durch Infoveranstaltungen und gezielte Anschreiben in Abstimmung mit der Energieagentur NRW sowie durch einen Zuschuss aus bezirklichen Mitteln für 100 Beratungen à 30 Euro.

Abstimmung:

einstimmig

zu 5 Fahrplanmaßnahmen Juni 2019**Vorlage: FB 61/1113/WP17**

Herr Bezirksvertreter Werner bedauert für die SPD-Fraktion, dass kein Vertreter der ASEAG für Rückfragen zur Verfügung steht.

Herr Bezirksvertreter Dautzenberg ergänzt, dass die Anwesenheit bereits in den Fahrplanberatungen des Vorjahres ausdrücklich gefordert wurde.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Bezirksvertreter Brantin an.

Herr Bezirksvertreter Dautzenberg erwarte zudem, wie angefordert, einen Bericht über Erkenntnisse, ob es aufgrund der Verlängerung der Linie 47 über den Bushof hinaus bis zur Hüls zu evtl. Verspätungen gekommen ist. Dies betrifft ebenso die Linien 7 und 70.

Zudem regt Herr Bezirksvertreter Dautzenberg an, die Taktung der Linie 80 Richtung Klinikum, die sehr gut angenommen wird, morgens um 10-15 Minuten nach vorne zu verschieben. Es handelt sich konkret um die Abfahrt Haltestelle Schloss um 7:13h, Ankunft Klinikum um 7:26h. Da der Großteil der Belegschaft um 7:30h Dienstbeginn hat, die Linie zudem häufig Verspätungen hat, wäre die einzige Alternative für Beschäftigte des Klinikums, den Bus 30 Minuten früher zu nehmen.

Auch diese Frage wird von der Fachverwaltung schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen- Richterich nimmt den Bericht der Verwaltung und der ASEAG zur Kenntnis.

Abstimmung:

einstimmig

zu 6 Haltepunkt Richterich - Zeitplanung und Realisierungsperspektive**Vorlage: FB 61/1144/WP17**

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne begrüßt Herrn Mohnen, Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen und bedankt sich für die ausführliche Vorlage.

Herr Bezirksvertreter Brantin betont die Wichtigkeit des Projektes für Richterich und bedauert die zeitliche Verzögerung aufgrund der notwendigen Elektrifizierung der Strecke. Er zeigt sich erfreut, dass man auf Gesellschafterebene des Flughafens Merzbrück eine Lösung gefunden habe.

Auf Nachfrage von Herrn Bezirksvertreter Dautzenberg erklärt Herr Mohnen, dass der Bahnsteig des geplanten Haltepunkts Richterich zwar für einen möglichen Halt der RB 4 verlängert werde, nach derzeitigem Stand jedoch nur der Halt der Euregiobahn vorgesehen sei. Herr Bezirksvertreter Dautzenberg bittet dies im Hinblick auf die Verkehrsproblematik Richtung Düsseldorf nochmal zu thematisieren.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmung:

einstimmig

**zu 7 Einbindung der Außenbezirke in das Aachener E-Bike-Sharing-Netz,
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen vom 15.01.2019
Vorlage: FB 61/1150/WP17**

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne begrüßt Herrn Mohnen, Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen.

Herr Mohnen berichtet, dass in Ausführung des Beschlusses der Bezirksvertretung Richterich von November 2018 zwischenzeitlich eine Standortprüfung unter Beteiligung mehrerer Fachdienststellen stattgefunden hat. Der Standort am Richtericher Markt/Rathausplatz hat sich als sehr geeignet und genehmigungsfähig erwiesen. Hinsichtlich der Finanzierung erwarte man den Zuwendungsbescheid von VAuPad, so dass die Inbetriebnahme vorauss. bereits in 2019 erfolgen kann.

Die Standortwahl für Horbach gemäß des vorliegenden Antrags Nr.77 der CDU-Fraktion sei zwar schwieriger, aber unterstützenswert. Herr Bezirksvertreter Pontzen ergänzt, dass der Antrag durch eine Unterschriftenliste und die IG Horbacher Vereine unterstützt wird.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Herr Bezirksvertreter Werner dem Antrag an, einen geeigneten Standort in Horbach zu finden und eine finanzielle Beteiligung durch die Bezirksvertretung in Aussicht zu stellen.

Herr Mohnen beantwortet eine Nachfrage von Herrn Bezirksvertreter Dr. Kuhrt-Lassay zu den Standorten in Laurensberg. Hier bestehen mehrere Stationen in Campusnähe, in der Ortslage muss noch ein Standort gefunden werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis. Standort für die am 07.11.2018 beschlossene Velocity-Station soll der Rathausplatz sein. Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich spricht sich für eine zweite E-Bike Leihstation im Stadtbezirk Richterich aus, stellt die erforderliche Eigenbeteiligung zur Verfügung und beauftragt die Verwaltung entsprechende Fördermittel einzuwerben und einen geeigneten Standort vorzugsweise im Ortsteil Horbach vorzuschlagen.

Abstimmung:

einstimmig

zu 8 Einleitung des Drainagewassers des Sportplatzes Kaletzbenden in den Amstelbach

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen in der Bezirksvertretung vom 06.11.2013, lfd. Nr. 82.

Vorlage: B 03/0137/WP17

Herr Bezirksvertreter Werner lobt die Beharrlichkeit der Verwaltung, eine Lösung zur Einleitung des Drainagewassers in den Amstelbach zu finden.

Er wundert sich über die Einstufung des Amstelbachs als „natürlich trocken fallendes Gewässer“. Vor Beschlussfassung möchte Herr Bezirksvertreter Werner diesbezüglich fachliche Fragen zur Höhe der Schüttung und zur Einleitungsmenge ohne Drainage geklärt haben. Er wird diese der Verwaltung zukommen lassen. Der TOP wird vertagt.

zu 9 Radweg Richterich-Laurensberg entlang der Roermonder Straße,

Antrag der SPD-BF gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 GeschO vom 10.03.2019, lfd. Nr. 82

Vorlage: BA 6/0201/WP17

Herr Bezirksvertreter Werner fragt in Bezug auf die Haftungsfrage, ob dem Landesbetrieb Straßen NRW die Schäden bekannt sind und ob der Landesbetrieb in diesem Fall nicht grob fahrlässig handelt. Die Längsrille sei nur provisorisch verschlossen. Er sieht den Antrag nicht als vollständig behandelt.

Frau Bezirksamtsleiterin Moritz informiert, dass nach Aussage von Straßen NRW in 2019 für die notwendigen größeren Reparaturen keine Mittel bereitstehen. Straßen NRW wird entsprechende Hinweisschilder aufstellen, um die Haftung auszuschließen.

Herr Bezirksvertreter Werner hält es unter diesen Umständen für erforderlich, die Benutzungspflicht des Radwegs für diesen Abschnitt aufzuheben.

Herr Bezirksvertreter Dautzenberg fordert entsprechenden Druck aufzubauen, damit Mittel durch die Landesregierung zur Verfügung gestellt werden. Auch die Straßensanierung der Roermonder Straße von Tittardsfeld bis zur Kreuzung in Richterich sei mit Nachdruck zu fordern.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Sie empfiehlt, die Benutzungspflicht für den Radwegs Richterich-Laurensberg entlang der Roermonder Straße aufzuheben.

Abstimmung:

einstimmig

**zu 10 Flächennutzungsplanänderung Nr. 131, -Richtericher Dell-, Bebauungsplan Nr. 955 -
Richtericher Dell/ Haupterschließung Ortsumgehung im Bereich Richtericher Dell
hier: Tagesordnungsantrag Nr. 78 der CDU-Fraktion, Sachstandsbericht zur
Haupterschließung/ Ortsumgehung Richterich
Vorlage: FB 61/1169/WP17**

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne begrüßt Frau Prenger-Berninghoff und Herrn Schaffert, Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen. Frau Prenger-Berninghoff stellt anhand einer Präsentation den Sachstand zur Trassenlage Rahmenplanung Richtericher Dell und die vorgeschlagene Verlegung der Straßenführung vor.

Diese ist in Allris als Anlage beigefügt. Die Verlegung der Straßenführung hat keine Auswirkungen auf die Anbindung an die Horbacher Straße und die Unterquerung der Bahn, nur im Bereich der Anbindung an die Banker-Feld-Straße gibt es Abweichungen. Wohnbebauung ist in allen Fällen betroffen.

Bei der Verlagerung in die Mittellage reduziert sich der Abstimmungsbedarf mit den Grundstückseigentümern um 1/3, was die Umsetzung beschleunigen würde.

Frau Prenger-Berninghoff geht im Weiteren auf Fragen aus der Einwohnerfragestunde ein.

Herr Bezirksvertreter Brantin kritisiert für die CDU-Fraktion mit Nachdruck die Verzögerungen bei der Planung der Umgehungsstraße. Aus seiner Sicht sei der Verkauf der Grundstücke als auch die Planung der Ortsumgehung von der Verwaltung nur halbherzig verfolgt worden. Es sei unverständlich, dass die Variante „Brücke über die Bahnlinie“ über einen Zeitraum von einem Jahr von der Verwaltung verfolgt wurde. Die Vorgaben der Politik seien eindeutig. Für ihn sei es nicht nachvollziehbar, warum trotz anderer Vorgaben nun die Mittellage der Straße vorgeschlagen werde.

Die Umgehungsstraße sei unabhängig von der Entwicklung des Baugebietes Richtericher Dell notwendig, auch im Hinblick auf den drohenden Brückenabriss Horbacher Straße. Die Bezirksvertretung habe dies parteiübergreifend vehement verfolgt. Stattdessen verzögere sich die Planung weiter.

Herr Bezirksvertreter Brantin richtet einen deutlichen Appell an die Verwaltung, die klaren Vorgaben der Politik hinsichtlich der Lage und Umsetzung der Umgehungsstraße mit allen Kräften umzusetzen.

Herr Bezirksvertreter Dautzenberg stimmt dem zu. Bezahlbarer Wohnraum werde dringend benötigt, auch um den Wegzug in die umliegenden Gemeinden zu verhindern. Herr Bezirksvertreter Dautzenberg kritisiert, dass durch die Fachverwaltung keine Sachstandsmitteilungen über die Verzögerungen erfolgen.

Selbst konkrete Anfragen wie die Auswirkungen eines möglichen Abrisses der Brücke Horbacher Straße auf den Rettungsdienst werden nicht beantwortet. Er erwarte eine zügige Bearbeitung und Information der Politik.

Diesen Ausführungen schließt sich Herr Bezirksvertreter Werner für die SPD-Fraktion an. Beide Bezirksvertretungsmitglieder beantragen eine Aufstellung der konkreten Hemmnisse, die zu weiteren Verzögerungen bei den Planungen der Umgehungsstraße führen könnten, um rechtzeitig reagieren und den Bau der Straße weiter vorantreiben zu können.

Auch Herr Bezirksvertreter Pontzen möchte wissen, wer oder was die Fachverwaltung daran hindert, das Projekt voranzubringen.

Herr Schaffert erläutert, dass er seit Beginn seiner Tätigkeit vor 3 Jahren als Fachbereichsleiter mit den Planungen zu Richtericher Dell befasst sei. In dieser Zeit erging der Auftrag, hinsichtlich der Bahnquerung ein Brückenbauwerk als Alternative in eigener Handlungsfähigkeit zu prüfen. Im Sommer letzten Jahres habe die Fachverwaltung dazu in einem umfassenden Sachstandbericht Stellung genommen und die damals aktuellen Schwierigkeiten aufgezeigt. Dieses habe zu Verzögerungen in der Planung geführt. Er zeigt Verständnis für die Verärgerungen der Politik. Auch räumt er interne Abstimmungsprobleme innerhalb der Verwaltung ein. Die Leitung des Fachbereichs Immobilienmanagement sei zwischenzeitlich neu besetzt. Es gebe 2-3 Schlüsselgrundstücke, die die Planer an der Realisierung des bisher abgestimmten Straßenverlaufs hindern. Man habe nach Alternativen gesucht, ohne den Grundentwurf zu verfremden und um ein zeitraubendes Enteignungsverfahren zu verhindern. Zum jetzigen Zeitpunkt sei keine Lösung seitens des Immobilienmanagements zum Erwerb dieser Grundstücke absehbar.

Herr Bezirksvertreter Feil kann sich des Eindrucks nicht verwehren, dass der Fachbereich von anderer Stelle gehemmt werde. Trotz neuer Planungen komme man nicht weiter. Die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen seien gegen die Mittellage der Umgehungsstraße.

Herr Schaffert versichert, dass das Voranbringen des Projektes Richtericher Dell auch von der Verwaltungsleitung unterstützt wird.

Herr Bezirksvertreter Brantin sieht es als entscheidend an, dass notwendige Gespräche seitens der Verwaltung nicht geführt wurden und man jetzt vor der Entscheidung einer Verlegung der Straße unter Berücksichtigung der Verträglichkeit für die Wohnbebauung stehe.

Er vermisse auch Ergebnisse zu den Verhandlungen mit der Bahn. Der Bau der Straße müsse mit Vehemenz vorangetrieben werden.

Frau Prenger-Berninhoff erläutert, dass man erst bei Erreichen einer bestimmten Planungstiefe wieder an die Bahn herantreten kann, um Planvereinbarungen und auch Sperrzeitregelungen abzustimmen. Dieser Punkt sei noch nicht erreicht. Herr Schaffert ergänzt, dass der Fachbereich wegen der Variantenvorstellung zeitnah die Politik informieren wollte.

Herrn Bezirksvertreter Werner ist unverständlich, wieso er noch keine Rückmeldung auf seinen Vorschlag, die Brücke Horbacher Straße für den Schwerlastverkehr zu sperren, um ihre Haltbarkeit zu verlängern, erhalten habe.

Herr Bezirksvertreter Dr. Kuhrt-Lassay schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an. Auch er möchte nach den vielen Auf- und Ab's in den Planungen eine Aufstellung haben, welche Dinge dem Projekt entgegenstehen.

Herr Bezirksvertreter Dautzenberg ergänzt, dass man berücksichtigen sollte, dass durch die Sperrung der Brücke Locht derzeit weniger Lkw-Verkehr über die Horbacher Straße fährt.

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne lässt abschließend über folgende Anträge abstimmen:

Beschluss 1:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und lehnt die Trassenführung der Ortsumgehung in Mittellage ab.

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, mehrheitlich angenommen

Beschluss 2:

Sie beauftragt die Verwaltung, eine Aufstellung der konkreten Hemmnisse, die zu weiteren Verzögerungen der Realisierung der Ortsumgehung Richterich führen, zu erstellen

Abstimmung: einstimmig

Beschluss 3:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Realisierung der Ortsumgehung Richterich mit höchster Priorisierung zu betreiben.

Abstimmung: einstimmig

Die Sitzung wird für die Dauer von 15 Minuten unterbrochen.

zu 11 Neuaufstellung des Flächennutzungsplans Aachen*2030

- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

- Umweltbericht

Vorlage: FB 61/1125/WP17

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne begrüßt Herrn Schaffert, Leiter des Fachbereichs Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen, Frau Rohde und Frau Fischer, Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen, Frau Hoffmann, Fachbereich Umwelt und Frau Kranefeld, Büro BKR.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verzichtet die Politik auf einen detaillierten Vortrag. Dieser ist in Allris als Anlage beigefügt.

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne ruft die den Bezirk Richterich betreffenden Gebiete einzeln zur Beratung und Beschlussfassung auf. Frau Kranefeld erläutert jeweils zu Beginn kurz die Besonderheiten der einzelnen Gebiete:

RI-GB-01, Roder Weg, 0,81ha:

Die Fläche ist städtebaulich gut geeignet. Bedenken aus Umweltsicht können im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens berücksichtigt werden.

Beschluss: Darstellung der Fläche als „Gemeinbedarf“ wie im Entwurf FNP AC*2030 vorgeschlagen

Abstimmung: einstimmig

RI-MI-01, Uersfeld Variante 2, 3,47ha:

Hierzu gab es viele Eingaben bei der Offenlegung. Die Vorschläge hat die Verwaltung aufgegriffen und schlägt eine gemischte Fläche mit wohnverträglichem Gewerbe und der Möglichkeit des Wohnungsbaus vor. Städtebaulich und aus Umweltsicht ist die Fläche wegen der engen Durchfahrt und des Eingriffs in die Natur problematisch.

Herr Bezirksvertreter Feil spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen aus Umweltgründen und wegen der engen Durchfahrt gegen die vorgeschlagene Variante aus und befürwortet, auf den Vorentwurf FNP AC*2030 zurück zu gehen. Herr Bezirksvertreter Brantin schließt sich für die CDU-Fraktion an.

Herr Bezirksvertreter Werner beantragt für die SPD-Fraktion die gesamte Fläche wie im Entwurf FNP AC*2030 zu entwickeln, dabei jedoch die jetzige gewerbliche Fläche zu verkleinern und die gesamte Restfläche für Wohnbebauung vorzusehen.

Herr Schaffert weist auf die Problematik einer Wohnbebauung mit direkter Nähe zur Halde und zum Gewerbe hin. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung ein Mischgebiet über die gesamte Fläche vor.

Beschluss: Beibehaltung der Fläche wie im FNP AC*2030 im Vorentwurf dargestellt

Abstimmung: Mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, mehrheitlich beschlossen

RI-MI-02, Grünenthal West Variante 2, 1,66ha:

Vorgeschlagen wird eine gemischte Baufläche, um sowohl landwirtschaftliche Nutzung, als auch Gewerbe mit Wohnbebauung zu kombinieren. Es gibt erhebliche Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, und Gewässer. Hinzu kommt die Lärmproblematik.

Herr Bezirksvertreter Werner sieht für die SPD-Fraktion eine hohe Schutzwürdigkeit des gesamten Gebietes Grünenthal in Bezug auf den Bodenschutz (Feuchtgebiet), auch im Zusammenhang mit dem Angelteich sowie den Sportanlagen.

Beschluss 1: Übernahme der Empfehlung an die BV:

Abstimmung: einstimmig abgelehnt

Beschluss 2: Übernahme des Vorentwurfs Alternative BV

Abstimmung: einstimmig

RI-MI 03 Grünenthal Ost Variante 3, 1,07ha:

Beschluss: Übernahme des Vorentwurfs Alternative BV

Abstimmung: einstimmig

RI-MI-04, Grube Carl-Friedrich Variante 3, 9,84ha:

Die Fläche ist zum Teil bebaut, als einzige Steinkohlezeche in der Gegend handelt es sich um ein Kulturgut. Da die Fläche zu einem großen Teil zugewachsen ist, weist das Gebiet einen hohen ökologischen Wert auf.

Herr Bezirksvertreter Werner spricht sich für die SPD-Fraktion für die Beibehaltung der Festlegungen wie im FNP 1980 aus, um die Waldfläche und Teile der landwirtschaftlichen Fläche zu erhalten.

Herr Bezirksvertreter Feil möchte für die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Eine Neustrukturierung des Gebietes sei notwendig. Weiteres ließe sich über einen Bebauungsplan lösen.

Beschluss: Übernahme des Vorschlags FNP AC*2030 Entwurf

Abstimmung: mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

RI-MI-05, Hander Weg, 1,69ha:

Städtebaulich machbar, aber als Baufläche wegen der schweren Zugänglichkeit kritisch zu sehen. Es gibt erhebliche Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden und Probleme mit der Lärmvorbelastung.

Herr Bezirksvertreter Dautzenberg, SPD-Fraktion, merkt an, dass er wegen des Zugangs erhebliche Probleme sieht.

Beschluss: Übernahme des Vorentwurfs FNP AC*2030

Abstimmung: einstimmig

RI-WO-01, Wiesenweg, 3,11ha:

Diese Fläche wurde in der Genehmigung des FNP 1980 von der Genehmigung ausgenommen. Es gibt erhebliche Auswirkungen auf Landschaftsbild (alter Baumbestand, Ortsaue), Tiere und Pflanzen.

Herr Bezirksvertreter Feil schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen den Bedenken aus

Umweltsicht an, insbesondere zum Schutz des Steinkauzes, auch wenn die Bäume erhalten bleiben.

Herr Bezirksvertreter Pontzen sieht hier aus Sicht der CDU-Fraktion eine gute Entwicklungsmöglichkeit für Horbach unter Erhaltung der Baumstruktur.

Beschluss: Übernahme des Vorschlags FNP AC*2030 Entwurf

Abstimmung: mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

RI-WO-05, Innenbereich Grünenthaler Straße, 1,61ha:

Die Fläche ist derzeit als Wohnbaufläche vorgesehen. Die Auswirkungen auf die Umwelt sind gering.

Herr Bezirksvertreter Werner sieht für die SPD-Fraktion Probleme bei der Erschließung. Da es sich um eine gewachsene Struktur handelt, spricht er sich für eine Ausweisung als Grünfläche aus wie im Vorentwurf Alternative BV dargestellt.

Herr Bezirksvertreter Feil sieht für die Fraktion Bündnis 90/ die Grünen in diesem Bereich eine Chance für eine Neubebauung – auch im Hinblick auf die teils älteren Gebäude entlang der Horbacher Straße.

Beschluss 1: Übernahme des Vorschlags FNP AC*2030 Entwurf

Abstimmung: mit 2 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschluss 2: Festlegung als Grünfläche mit Zweckbestimmung „grüner Block Innenbereich“ lt.

Vorentwurf Alternative BV

Abstimmung : einstimmig

RI-WO-13, Bremenberg Variante 2, 3,54ha:

Es handelt sich um ein Gebiet mit Abstand zur Horbacher Wohnbebauung. Es gibt erhebliche Auswirkung auf Tiere, Pflanzen und Boden sowie eine Grundwasserproblematik.

Herr Bezirksvertreter Werner schlägt für die SPD-Fraktion vor, auf den Vorschlag des FNP 1980 zurückzugehen und so linksseitig Bebauung zuzulassen und die rechte Seite als Quellgebiet und zum Schutz der Brutstätten des Steinkauzes freizuhalten.

Herr Bezirksvertreter Pontzen sieht für die CDU-Fraktion eine Möglichkeit, ein Kerngebiet zu entwickeln. Für ihn ist der Bachbereich in der Empfehlung BV mit ausreichendem Abstand geschützt. Frau Hoffmann, Fachbereich Umwelt, erläutert, dass es in Forsterheide ein Steinkauzgebiet gibt, das sich bis in diese Fläche erstreckt.

Herr Bezirksvertreter Feil kann sich für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen den Bedenken von Herrn Bezirksvertreter Werner anschließen und begrüßt die Vergrößerung des Schutzgebietes für den Steinkauz an dieser Stelle.

Beschluss 1: Übernahme des FNP AC*2030 Entwurf

Abstimmung: bei 4 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen abgelehnt

Beschluss 2: Beibehaltung gemäß FNP 1980 und Darstellung einer Grünfläche mit Zweckbestimmung „Grünzug“ im Bereich der derzeit von der Genehmigung ausgenommenen weißen Flächen

Abstimmung: einstimmig

RI-WO-14, Haus Linde Variante 3, 1,45ha:

Diese Fläche ist bisher als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen. Es gibt keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, jedoch Probleme mit der Lärmbelastung.

Herr Bezirksvertreter Feil, Fraktion Bündnis 90/ die Grünen, spricht sich für die Änderung in Wohnbaufläche aus. Die CDU und die SPD Fraktion lehnen diese ab. Die Fläche sei für Wohnbebauung nicht geeignet, insbesondere im Hinblick auf die dortigen Streuobstwiesen und die Autobahnnähe.

Beschluss: Übernahme Vorentwurf Alternative BV als landwirtschaftliche Fläche

Abstimmung: mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

RI-WO-15, Richtericher Dell Variante 2, 29,91ha:

Bei der bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche gibt es erhebliche Auswirkungen auf Landschaft, Tiere, Pflanzen und Boden. Es handelt sich um die größte zusammenhängende Wohnbaufläche im FNP AC*2030 Entwurf.

Beschluss: Übernahme Vorschlag FNP AC*2030 Entwurf

Abstimmung: einstimmig.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Richterich nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs.1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs.1 BauGB zur Kenntnis. Sie empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur frühzeitigen Beteiligung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Des Weiteren empfiehlt sie dem Planungsausschuss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des Flächennutzungsplans Aachen*2030 unter Berücksichtigung der getroffenen Einzelentscheidungen für die Dauer von fünf Wochen zu beschließen.

Abstimmung:

einstimmig

zu 12 Anträge

Vorlage: BA 6/0199/WP17

Der Antrag lfd.Nr. 77 hat sich durch die Beratungen zu TOP 7 erledigt.

Frau Bezirksbürgermeisterin Köhne ruft die Anträge lfd.Nr. 79 und 80 separat zur Abstimmung auf.

Beschluss 1:

Der Antrag lfd. Nr. 79 wird angenommen

Abstimmung:

Bei 2 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen

Beschluss 2:

Der Antrag lfd. Nr. 80 wird angenommen

Abstimmung:

einstimmig

zu Anträge Teil 2

12.1 Vorlage: BA 6/0200/WP17

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Bezirksfraktion vom 11.03.2019 zur „Anpflanzung von Blühstreifen bzw. Blühwiesen in Aachen-Richterich“ wird angenommen.

Abstimmung:

einstimmig

zu 13 Anfragen gemäß § 13 Gescho

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 14 Mitteilungen

Vorlage: BA 6/0196/WP17

Es wird auf die mit der Einladung übersandten Mitteilungen verwiesen.